

Martin Schulz

200 Jahre

Wilhelm

Liebknecht

*Wegbereiter
für Freiheit
und
Solidarität*



**Friedrich
Ebert** 
Stiftung

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, info@fes.de

Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie

herausgegeben von Anja Kruke und Stefan Müller, Archiv der sozialen Demokratie

Redaktion

Peter Beule | peter.beule@fes.de

Design/Layout & Umschlaggestaltung

Kreativrudel GmbH & Co. KG, Bonn, kreativrudel.de

Bildnachweis (Umschlag, Vorderseite)

Wilhelm Liebknecht, 1885, Rechte: Gemeinfrei/AdsD; Quelle: AdsD, 6/FOTA020580

Druck und Herstellung

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

April 2026

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung
public.history@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Der Text dieser Publikation unterliegt der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0. Unter Nennung des Urhebervermerks darf dieser für nicht-kommerzielle Zwecke verwendet und unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden. Weiterführende Hinweise zu dieser CC-Lizenz und dem ihr zugrunde liegenden Standardlizenzvertrag finden sich unter:

<https://creativecommons.org/licenses/?lang=de>

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/legalcode.de>

ISBN 978-3-98628-862-4

ISSN 14316080

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier: ↗ www.fes.de/publikationen



Martin Schulz

200 Jahre Wilhelm Liebknecht

Wegbereiter für Freiheit und Solidarität

Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie
Heft 27

Martin Schulz

200 Jahre Wilhelm Liebknecht. Wegbereiter für Freiheit und Solidarität*

Heute vor 200 Jahren, am 29. März 1826, wurde hier in Gießen Wilhelm Liebknecht geboren – einer der Begründer der deutschen Sozialdemokratie, eine prägende Gestalt der frühen Arbeiterbewegung. Es ist mir deshalb eine besondere Ehre, heute in seiner Geburtsstadt an sein Leben und sein Wirken erinnern zu können.¹

Als Wilhelm Liebknecht am 7. August 1900 starb, war die Bewegung, für die er gekämpft hatte, zu einer marxistisch geprägten Massenpartei mit Millionenanhang herangewachsen und damit zu einem politischen Faktor geworden, der den politisch und sozial Entrechteten eine Stimme gab. Dieser Aufstieg, diese politische und gesellschaftliche Durchschlagskraft waren nicht selbstverständlich. Sie waren das Ergebnis eines langen Weges und harter politischer Kämpfe – Kämpfe von Persönlichkeiten, die der Sozialdemokratie Richtung und Gestalt gaben. Wilhelm Liebknechts politisches Handeln war von einem ausgeprägten Sinn für die sozialen Ungerechtigkeiten seiner Zeit getragen. Die wachsende Not und rechtliche Benachteiligung großer Teile der Bevölkerung emp-

* Bei dem hier abgedruckten Text handelt es sich um den Festvortrag anlässlich des 200. Geburtstags von Wilhelm Liebknecht, den Martin Schulz, Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, am 29. März 2026 in der Konresshalle in Gießen hielt.

1 Bei dem hier vorliegenden Abdruck der Rede werden ausschließlich wörtliche Zitate nachgewiesen. Die in der Rede vorgenommene historische Annäherung an Wilhelm Liebknecht im Zusammenhang mit der frühen Sozialdemokratie stützt sich maßgeblich auf Dieter Dowe, „Agitieren, organisieren, studieren! Wilhelm Liebknecht und die frühe deutsche Sozialdemokratie“, Bonn 2000. Weitere herangezogene Literatur umfasst u.a. *Wolfgang Schröder*, Wilhelm Liebknecht. Soldat der Revolution, Parteiführer, Parlamentarier, Berlin 2013; *Walter Mühlhausen*, Ausgrenzung der Enttäuschten. Sozialdemokratie und Reichsgründung, in: *Andreas Braune/Michael Dreyer/Markus Lang* (Hrsg.), Einigkeit und Recht, doch Freiheit? Das Deutsche Kaiserreich in der Demokratiegeschichte und Erinnerungskultur, Stuttgart 2021, S. 179–197; *Friedrich Mülder*, „Die Wissenschaft wollen wir zum Gemeingut aller machen!“ Wilhelm Liebknecht – Bildungspolitiker des Proletariats, in: *Ders.*, Die Würde der Arbeit zwischen Macht, Dichtung und Glauben. Essays gegen das Vergessen, Frankfurt 2014, S.67–100; *Michael Reschke*, Wilhelm Liebknecht – Revolutionär in Wort und Tat, in: Christian Krell (Hrsg.) Vordenkerinnen und Vordenker der Sozialen Demokratie, Bonn 2015; *Albrecht Eckhardt*, Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie im Großherzogtum Hessen 1860–1900, in: Archiv für Hessische Geschichte und Altertumskunde 34, 1976, S. 171–493.

fand er als nicht hinnehmbar. Jenen, die von politischer Mitsprache ausgeschlossen und wirtschaftlich abgehängt waren, die brutal unterdrückt wurden, gab Wilhelm Liebknecht eine Stimme, organisatorische Kraft und Handlungsfähigkeit. Wer an Wilhelm Liebknecht erinnert, erinnert nicht nur an eine historische Figur, sondern an einen prägenden Abschnitt deutscher Demokratiegeschichte – und an einen Anspruch, der über seine Zeit hinausweist.

Heute ist Wilhelm Liebknecht nur noch vergleichsweise wenigen Menschen bekannt – selbst innerhalb der Sozialdemokratie. Wenn von „Liebknecht“ die Rede ist, denken viele eher an seinen Sohn Karl, der 1900, im Todesjahr seines Vaters, in die SPD eintrat, später Revolutionär und Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde und im Januar 1919 mit Rosa Luxemburg einem politischen Mord durch rechtsradikale Freikorps zum Opfer fiel. Das persönliche Verhältnis von Vater und Sohn ist historisch nur schwer zu rekonstruieren, doch mit seinem entschiedenen Kampf gegen den preußischen Militarismus und gegen soziale Ungerechtigkeit trat Karl in die Fußstapfen seines Vaters – ungeachtet generationsbedingter Unterschiede in politischen Akzentuierungen und seiner stärkeren Neigung zu offensiverem revolutionärem Handeln.



Martin Schulz, Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, hält die Festrede anlässlich des 200. Geburtstags Wilhelm Liebknechts; Gießen, 29.3.2026. Foto: Ralf Hofacker

Doch ohne *Wilhelm* Liebknecht wäre die deutsche Sozialdemokratie nicht zu jener Kraft geworden, die sie um 1900 war. August Bebel fand anlässlich des 70. Geburtstags von Liebknecht im Jahr 1896 treffende Worte: „In [Wilhelm] Liebknechts Person [...] verkörpert sich die Partei; sein eigenes Leben ist das der Partei; mehr wie bei jedem anderen unter uns ist sein Leben mit dem Leben und der Entwicklung der Partei verschmolzen.“² In der SPD wurde Wilhelm Liebknecht liebevoll „der Alte“ genannt. Gemeinsam mit dem 14 Jahre jüngeren August Bebel prägte er über Jahrzehnte maßgeblich die deutsche Sozialdemokratie. Er beherrschte nicht weniger als sieben Sprachen und verkörperte damit in ganz besonderer Weise den Gedanken des Internationalismus der Arbeiterbewegung.

Wilhelm Liebknecht war radikaler Demokrat, Sozialdemokrat, Gegner des preußischen Militarismus. Wie der Historiker Dieter Dowe deutlich gemacht hat, bündelten sich in ihm die zentralen Strömungen des 19. Jahrhunderts: das Erbe von 1848, idealistisches Denken und naturwissenschaftlicher Fortschrittsglaube, preußenkritischer Patriotismus ebenso wie kosmopolitischer Internationalismus – nicht zuletzt und in besonderer Weise die Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels. Doch obwohl seit den 1860er-Jahren als Redakteur tätig, war Liebknecht kein Theoretiker im Elfenbeinturm. Praktische Fortschritte in der Politik waren ihm wichtiger als geschlossene Lehrgebäude, Ideen mussten sich im Alltag bewähren. Kein kalkulierter Strategie, sondern ein leidenschaftlicher, von Überzeugung getriebener Akteur. August Bebel nannte ihn einen „Mann von Eisen mit einem Kindergemüt“³ – geradlinig, nahbar und den Menschen zugewandt. Mit Charisma und Rednertalent wurde er zu einer populären, ja geradezu „geliebten“ Leitfigur, der die Menschen, für deren Rechte er eintrat, begeistern konnte. In innerparteilichen Konflikten suchte er Verständigung – gegenüber dem Staat und der Klassenherrschaft jedoch zeigte er unbeugsamen Mut.

Dieser Mut machte Repression und Verfolgung zum ständigen Begleiter seines politischen Lebens: mehrfache Verurteilung, jahrelange Gefäng-

² August Bebel anlässlich des 70. Geburtstags von Wilhelm Liebknecht 1896, zit. nach: Die Neue Zeit, 18.2.1910, S. 47.

³ August Bebel, Aus meinem Leben, Hamburg 2013 [zuerst 1911], S. 116.

nis- und Festungshaft, Flucht und Exil. Wie sehr er bereit war, persönliche Opfer zu bringen, zeigte sich exemplarisch im Leipziger Hochverratsprozess im März 1872. Als das Gericht bei der Feststellung seiner „Personalverhältnisse“ nüchtern vermerkte: „Kein Vermögen“, antwortete Liebknecht: „Wenn ich nach unerhörten Verfolgungen arm bin, so ist das keine Schande [...] nein, ich bin stolz darauf, denn es ist das beredteste Zeugnis für reine politische Ehre.“⁴

Trotz seiner langen Zeit im Exil und seines von Verfolgung und häufigen Ortswechselln geprägten Lebens blieb Wilhelm Liebknecht seiner Heimatstadt Gießen stets verbunden. Mit dem Gießener Sozialdemokraten und Gastwirt Karl Orbig, der die Arbeiterbewegung in Gießen und Umgebung maßgeblich prägte, pflegte Liebknecht eine jahrzehntelange Freundschaft. Fester Bestandteil des Programms auf Liebknechts zahlreichen Besuchen seiner Heimatstadt war es, in Orbigs Gastwirtschaft „Zum Ritter“ in der Rittergasse abzustiegen. Von Liebknechts Verbundenheit mit Orbig und seiner Heimatstadt zeugen zahlreiche Briefe, die er noch bis kurz vor seinem Tod mit Orbig wechselte.

Sein unbeugsamer Mut und seine Opferbereitschaft wurzelten in frühen Erfahrungen und gereiften Überzeugungen. Wilhelm Liebknecht wurde am 29. März 1826 hier in Gießen auf dem Burggraben geboren, in einem Haus, das in der Endphase des Zweiten Weltkriegs zerstört wurde. Er stammte aus einer gelehrten, bürgerlichen Familie, deren Wurzeln bis in das Umfeld der Reformation zurückreichten. Jedoch: Frühe Verluste – der Tod beider Eltern – prägten seine Jugend, ebenso wie das Schicksal seines Großonkels Friedrich Ludwig Weidig, eines liberalen Pfarrers und Abgeordneten, der wegen seines Freiheitskampfes in Haft geriet und infolge grausamer Misshandlungen ums Leben kam – Erfahrungen, die bleibenden Eindruck hinterließen. Während seines Studiums in Gießen, Berlin und Marburg entwickelte Wilhelm Liebknecht eine entschiedene Gegnerschaft zum politischen System. Religionskritische Philosophie

⁴ Wilhelm Liebknecht/August Bebel/Adolf Hepner, Der Hochverrats-Prozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner, Berlin 1911, S. 76.

vertiefte seine Zweifel an kirchlicher Autorität, frühsozialistische Denker wie Saint-Simon führten ihn, wie er es rückblickend beschrieb, „auf den harten Boden der Erde und der Wirklichkeit“⁵. Politisch wie geistig radikalisiert, bewegte er sich in oppositionellen und demokratischen Kreisen, sympathisierte mit unterdrückten Nationalbewegungen und geriet früh in die Maschinerie der staatlichen Repression – Verhaftungen und Verhöre prägten bereits seine Studienzeit. Zeitweilig erwog er die Auswanderung nach Amerika, worauf er sich mit gleich zwei handwerklichen Lehren – zum Zimmermann und Büchsenmacher – vorbereitete, entschied sich dann aber 1847 spontan für eine Lehrtätigkeit an Julius Fröbels reformpädagogischer Musterschule in Zürich.

In Zürich bestätigte sich Liebknechts Selbstverständnis: Politik, Bildung und Praxis gehörten untrennbar zusammen. Schon in jungen Jahren verstand er sich als „Soldat der Revolution“, wie er sich später selbst im Leipziger Hochverratsprozess betitelte⁶ – und zwar wörtlich: Mit Anfang 20 zog er 1848 nach Paris, um die Februarrevolution zu unterstützen; nur eine Krankheit verhinderte, dass er sich Georg Herweghs Zug zur Er kämpfung der deutschen Republik anschloss. Später beteiligte er sich an Gustav Struves badischer Erhebung. Immer wieder in Haft genommen, geflüchtet und zurückgekehrt, blieb Liebknecht unbeirrt im Kampf für republikanische Ideale – ein Mann, der die Revolution lebte. Dass sich die Sozialdemokratie in der Zeit des Kaiserreichs dann immer als Erbin der Revolution von 1848/49 verstand, ist eng mit Wilhelm Liebknecht verbunden. In Leitartikeln und Vorträgen machte er später stets deutlich, dass die Partei die Forderungen der Revolution weiterzutragen hatte.

Nach der Niederschlagung der Revolution 1849 rettete ihn die Flucht ins Ausland vor der drohenden Hinrichtung. In Genf übernahm er mit 23 Jahren den Vorsitz des Deutschen Arbeitervereins, bemühte sich um die

5 Wilhelm Liebknecht, In der Lehre. Etwas aus meinem Leben [1898], zit. nach: Dieter Dowe, Agitieren, organisieren, studieren! Wilhelm Liebknecht und die frühe deutsche Sozialdemokratie, Bonn 2000, S. 10.
6 „Ich bin *nicht* ein Verschwörer von Profession, *nicht* ein fahrender Landsknecht der Konspiration. Nennen Sie mich meinethalben einen Soldaten der Revolution, dagegen habe ich nichts.“ Wilhelm Liebknecht, Erinnerungen eines Soldaten der Revolution, hrsg. v. Heinrich Gemkow, Berlin (Ost) 1976, S. 31.

Vereinigung der zersplitterten Schweizer Arbeitervereine und verpflichtete sie programmatisch auf einen gemeinsamen sozialistischen Kurs. Dieses Engagement blieb nicht ohne Folgen: 1850 wurden er und andere ausländische Aktivisten verhaftet und des Landes verwiesen.

Über Frankreich gelangte Wilhelm Liebknecht ins Londoner Exil, wo er über mehr als ein Jahrzehnt in engem Kontakt zu Karl Marx und Friedrich Engels stand – eine Begegnung, die für sein politisches Denken prägend werden sollte. Er trat dem Bund der Kommunisten bei und stellte sich in inneren Auseinandersetzungen auf die Seite von Marx und Engels. Es entwickelte sich eine Freundschaft, die nicht zuletzt darin zum Ausdruck kam, dass Marx und Engels 1871 die Patenschaft für seinen Sohn Karl übernahmen. Dennoch: Das Verhältnis war alles andere als frei von Spannungen. Für Liebknecht war es eine Zeit geistiger Nähe und persönlicher Verbundenheit; er sah in Marx und Engels politische Lehrer und Weggefährten. Aus deren Sicht jedoch war er vor allem ein Schüler – nützlich, aber nicht ebenbürtig –, den sie mit beherrschender Strenge, nicht selten mit Spott behandelten. Dies verschärfte sich immer dann, wenn Liebknecht eigenständig Position bezog. Die Londoner spotteten über „Monsieur Wilhelm“, den „braven Wilhelm“ oder „unser Wilhelmchen“, der ihre Lehren nicht verstanden habe und „sehr konfus im Koppe“ sei.⁷ Marx betitelte ihn einmal gar als „Vieh“, das „von revolutionärer Politik [...] keine Ahnung“ habe.⁸

Liebknecht nahm die Herabsetzungen aus London meist hin – aus Loyalität zur gemeinsamen Sache und Respekt vor der geistigen Autorität seiner Freunde. Ganz widerspruchslos blieb er jedoch nicht: 1870 erinnerte er Marx an die Bedingungen, unter denen er Politik betrieb, und verteidigte sich offen: „[E]he ich fertig war mit der Theorie, wurde ich in die Praxis hineingeschleudert und führe seit 22 Jahren ununterbrochen ein ruheloses, jede Muße ausschließendes Leben. Dass ich unter solchen Verhältnissen Hegel nicht so gründlich studiert habe, wie Engels, ver-

⁷ Zit. nach: Dowe, Agitieren, organisieren, studieren!, S. 16.

⁸ Brief von Karl Marx an Friedrich Engels, 1869, MEW 32, S. 360.

steht sich von selbst, ist aber auch keine Schande für mich.“⁹ Dies zeigt die Zwänge eines Lebens in permanenter politischer Aktion. An Wissbegier fehlte es Liebknecht, der sich – mehr schlecht als recht – als Sprachlehrer und Zeitungskorrespondent durch seine Exilzeit schlug, aber keinesfalls: Unzählige Stunden verbrachte er im Lesesaal des Britischen Museums – so häufig, dass die Töchter von Marx ihm den Spitznamen „Library“ gaben.

Es wäre weit gefehlt, aus der Asymmetrie im Verhältnis zu Marx und Engels eine Schwäche Liebknechts abzuleiten. Im Gegenteil: Von Marx und Engels gewann er entscheidende Impulse – doch er entwickelte ein eigenes Profil: Theorie ernst nehmen, aber an der Wirklichkeit prüfen; Grundsätze vertreten, aber in Bewegung übersetzen. Liebknecht dachte Politik nicht von der Systematik her, sondern vom Kampf, von der Organisation, von der konkreten Erfahrung. Er ging seinen eigenen Weg, den eines Politikers. Mit diesem Politikverständnis prägte er die frühe deutsche Arbeiterbewegung in der Zeit zwischen der gescheiterten Revolution von 1848 und dem Sozialistengesetz maßgeblich. Gerade die Person Liebknechts macht die Selbstständigkeit und den eigenen Charakter der Arbeiterbewegung in ihrer Frühphase deutlich, die klar von der erst später vollzogenen Ideologisierung durch Marx und Engels abgegrenzt werden kann.

Nach der Thronbesteigung Wilhelms I. ermöglichte im Jahr 1861 eine Amnestie Wilhelm Liebknecht die Rückkehr aus dem Londoner Exil. Die Amnestie diente den Machthabern als ein symbolischer Schritt der Entspannung nach der Revolution von 1848/49 mit dem Ziel, vor allem das liberale Bürgertum einzubinden. In Berlin entfaltete Liebknecht mit wachsender Intensität seine publizistische Tätigkeit und wurde rasch zu einer prägenden Stimme der sich formierenden Arbeiterbewegung. Er schrieb zunächst für die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung*, trennte sich jedoch, als deren Nähe zu Bismarck offenkundig wurde. 1863 trat er Lassalles Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) bei, wirkte

⁹ Wilhelm Liebknecht an Karl Marx in London. Leipzig, Mittwoch, 11. Mai 1870, in: Marx-Engels-Gesamtausgabe digital, hrsg. v. der Internationalen Marx-Engels-Stiftung. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin, URL: <https://megadigital.bbaw.de/M8541644> [17.2.2026].

an dessen Zentralorgan *Der Social-Demokrat* mit, zog sich jedoch auch hier zurück, als ihm dessen preußenfreundlicher Kurs missfiel. 1864 führte dieser Konflikt schließlich zu seinem Ausschluss aus dem ADAV – der Höhepunkt eines von Beginn an bestehenden Dissenses: Während Lassalle Reformen im Rahmen eines preußisch geprägten Nationalstaats für möglich hielt, strebte Liebknecht eine grundlegende soziale und politische Umwälzung an, getragen von einer international ausgerichteten Sozialdemokratie und der engen Verbindung von Partei und Gewerkschaften. In diesem Zusammenhang gründete Liebknecht 1868 das *Demokratische Wochenblatt* mit klar anti-preußischem Profil. Die Zeitung berichtete über politische Versammlungen, griff die soziale Not der Bergarbeiter auf, informierte über die Gründung von Gewerkschaften und richtete zugleich den Blick auf die internationale Arbeiterbewegung.

Ein Jahr später übernahm Liebknecht die Redaktion des *Volksstaats*, das Organ der 1869 von ihm und Bebel in Eisenach gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP). Nach der Vereinigung mit dem ADAV ging der *Volksstaat* in einem neuen Parteiorgan auf, dem *Vorwärts*, der am 1. Oktober 1876 erstmals erschien und der damit 2026 ebenfalls einen runden, den 150., Geburtstag feiert. Wilhelm Liebknecht, neben Wilhelm Hasenclever einer der Gründer des *Vorwärts*, prägte als Redakteur Ton und Richtung der jungen Partei maßgeblich mit. Zu den ersten Artikeln, die im *Vorwärts* erschienen, zählten eine Reihe von Beiträgen Friedrich Engels', die später unter dem Titel „Anti-Dühring“ gebündelt und bekannt wurden. Damit wurde der *Vorwärts* zum Forum einer der einflussreichsten programmatischen Schriften des Marxismus.

Gerade in der Abgrenzung von preußischer Machtpolitik und obrigkeitstaatlichem Denken, die in dem publizistischen Schaffen Liebknechts einen roten Faden bildete, schärfte sich sein Verständnis von sozialer Befreiung. Deshalb nochmal zurück ins Jahr 1864: Liebknechts antipreußische Haltung führte unmittelbar nach seinem Ausschluss aus dem ADAV zur Ausweisung aus Preußen. Im gleichen Jahr ließ sich Liebknecht in Leipzig nieder – ein weiterer folgenreicher Schritt, denn dort begegnete er August Bebel. Aus dieser Begegnung erwuchs nicht nur eine lebenslange

Freundschaft, sondern eine der prägenden Partnerschaften der deutschen Sozialdemokratie. Liebknecht führte Bebel an den wissenschaftlichen Sozialismus von Marx und Engels heran. Gemeinsam gründeten sie 1866 die Sächsische Volkspartei, ein Bündnis aus sozialistisch orientierten Arbeitervereinen und linksliberalem Bürgertum mit klar antipreußischem Profil. Zugleich trugen sie entscheidend dazu bei, dass sich die nicht-lassalleanische Arbeiterbewegung – zunächst noch stark von liberalen Selbsthilfideen geprägt – rasch programmatisch nach links entwickelte. Die soziale Frage und die Forderung nach einer eigenständigen politischen Interessenvertretung der Arbeiterschaft rückten immer mehr ins Zentrum.

Die späten 1860er-Jahre waren für die deutsche Arbeiterbewegung jedoch eine Zeit der Spaltung. 1869 gründeten Wilhelm Liebknecht und August Bebel in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP). Die SDAP stand dem von Ferdinand Lassalle gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) nun offen feindlich gegenüber, auch weil sich zwei unterschiedliche politische Kulturen gegenüberstanden: hier die stärker von unten aufgebaute, demokratische Organisation der Eisenacher, dort der zentralistische Führungsstil der Lassalleaner. Erst die Gründung des Deutschen Reiches 1871 und vor allem die Erfahrung gemeinsamer staatlicher Verfolgung führten zu einer Annäherung. Die nationale Frage war entschieden, die soziale blieb offen. Mit der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) und der Verabschiedung eines gemeinsamen Programms wurde 1875 in Gotha die Vereinigung möglich – ein Schritt, an dem Wilhelm Liebknecht entscheidenden Anteil hatte.

Das Gothaer Programm, an dem er maßgeblich mitwirkte, war ein Kompromiss. Es trug Spuren lassalleanischer Traditionen ebenso wie Elemente marxistischen Denkens. Marx reagierte aus London mit scharfer Ablehnung, sah Prinzipien verletzt und die wissenschaftliche Klarheit verwässert. Liebknecht teilte Marx' Kritik in ihrem Wesensgehalt, trug den Kompromiss aber mit. Ihm ging es nicht um die Reinheit der Lehre, sondern um Handlungsfähigkeit. Die Einheit der Arbeiterpartei war für ihn Voraussetzung jeder künftigen Stärke. „[H]och steht mir Marx, aber höher die Partei“, bilanzierte Liebknecht knapp zwei Jahrzehnte später auf

dem Erfurter Parteitag der geeinten Partei, die nun in Sozialdemokratische Partei Deutschlands umbenannt war. „Ich glaube in meinem Leben niemals der Partei einen größeren Dienst geleistet zu haben, als damals, wo ich den Ratschlag meines Freunds und Lehrers Marx zurückwies und in das [Gothaer] Einigungsprogramm gewilligt habe.“¹⁰

Mit der Einigung von Gotha war der Grundstein gelegt für den Aufstieg der Sozialdemokratie. Organisatorische Geschlossenheit und gemeinsames Handeln machte sie widerstandsfähig gegen äußeren Druck. Nach der Reichsgründung hatten die Machthaber die Repressionen gegen die Sozialdemokratie intensiviert. Das Sozialistengesetz vom 19. Oktober 1878 sollte ihre Organisation zerschlagen, tatsächlich schärfte es ihr Profil, machte sie stärker. Die Zahlen sprechen für sich: Von 437.000 Stimmen bei der Reichstagswahl im Jahr 1878 wuchs die Sozialdemokratie bis 1890 auf 1.427.000 Stimmen.

Liebknecht verstand sich als Repräsentant einer radikaldemokratischen Bewegung, die auf eine nationale Einigung von unten setzte. Nicht Fürsten und Kabinette sollten Deutschland gestalten, sondern eine Volksbewegung, die Preußen und Deutschösterreich in einem demokratischen Gemeinwesen vereinte. Dieser großdeutsche Volksstaat war für ihn jedoch kein Selbstzweck. Nationale Einheit ohne soziale Gerechtigkeit blieb leer, soziale Befreiung ohne Demokratie unmöglich – und genau in dieser Verbindung lag der programmatische Kern der frühen Sozialdemokratie. 1867 zogen August Bebel und Wilhelm Liebknecht in den Reichstag ein, den Liebknecht als Bühne des Protests und „Agitationsmittel“ betrachtete – ein Ort der Aufklärung, der Zuspitzung und der Mobilisierung im Interesse der Arbeiterbewegung.

In seiner Haltung zum Staat unterschied sich Wilhelm Liebknecht deutlich von einer rein ökonomisch bestimmten Revolutionslogik marxistischer Prägung. Ihm und weiten Teilen der frühen Sozialdemokratie

¹⁰ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Erfurt vom 14.–20. Oktober 1891, Berlin 1891, S. 327.

schwebte ein „freier Volksstaat“ vor: eine demokratische Ordnung ohne bevorrechtete Klassen. War der Staat für Marx vor allem Ausdruck materieller Klassenverhältnisse, der zwangsläufig „absterben“ müsse, dachte Liebknecht stärker politisch und normativ. Der Staat war für ihn ein umkämpfter Raum, der neu zu gestalten war. Revolution war für ihn der demokratisch organisierte Kampf um eine gerechte Ordnung.

Aus diesem Verständnis heraus verteidigte Liebknecht die Sozialdemokratie gegen die Vorwürfe ihrer reaktionären Gegner, sie wolle zerstören, enteignen, zersetzen. Ihr Ziel sei nicht, schrieb er 1871, die Abschaffung des Eigentums, sondern die Überwindung der Lohnarbeit zugunsten von Genossenschaften. Sie wolle nicht die gesellschaftliche Ordnung zerstören, sondern Gleichberechtigung schaffen; nicht Kultur vernichten, sondern Bildung und Entfaltung fördern; nicht die Familie auflösen, sondern Frauen Selbstbestimmung ermöglichen. Und sie strebe nicht danach, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie durch eine neue Klassenherrschaft des Proletariats zu ersetzen, sondern eine Ordnung der Freien und Gleichen zu schaffen.¹¹

Viele der Rechte, für die Wilhelm Liebknecht stritt – politische Mitbestimmung, soziale Sicherung, rechtliche Gleichstellung –, sind heute verwirklicht. Erledigt hat sich sein Anspruch damit nicht, denn sie müssen immer wieder mit Leben gefüllt werden, manchmal auch gegen Widerstände. Die Frage, wie Freiheit und soziale Gerechtigkeit zusammenzubringen sind, stellt sich weiterhin. Liebknecht dachte Politik von unten: vom Alltag derer, die keine Macht und keine Stimme hatten. Auch heute wieder erleben viele Menschen ihre Welt als unsicher und fremdbestimmt. Globale Umbrüche, digitale Transformation, künstliche Intelligenz, Angriffe auf die Demokratie, Kriege und Klimawandel verändern Lebensentwürfe und soziale Sicherheiten. Manche Menschen profitieren; doch viele andere fühlen sich zurückgelassen – und erneut steht die Frage im Raum: Wer entscheidet, und wer trägt die Lasten? Wo demokrati-

¹¹ Diese hier indirekt und nicht wortwörtlich wiedergegebenen Formulierungen Liebknechts finden sich in: *Wilhelm Liebknecht, Zu Trutz und Schutz*, Leipzig 1871, S. 105ff.

sche Politik keine überzeugende Antwort gibt, entstehen Räume für einfache Feindbilder und autoritäre Versuchungen. Demokratien zerfallen nicht über Nacht. Sie erodieren, wenn Menschen den Glauben verlieren, dass ihre Lebensrealität politisch zählt.



Wilhelm Liebknecht (oben Mitte) mit weiteren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. Vor ihm sitzend August Bebel, ca. 1890, Rechte: Gemeinfrei/AdsD; Quelle: AdsD, 6/FOTA004051

Was heißt das im Sinne Liebknechts? Zuhören, hinschauen. Keine abstrakten Formeln, sondern der Blick auf die Lebenslagen: auf sichere Arbeit im digitalen Wandel, faire Löhne, bezahlbares Wohnen, verlässliche Daseinsvorsorge und gerechte Bildungschancen. Politik gewinnt Vertrauen zurück, wenn sie zeigt, dass Wandel gestaltbar ist und demokratische Kräfte die Interessen der Vielen gegenüber der Macht der Wenigen organisieren können. Demokratie beginnt – damals wie heute – mit dem Blick auf die soziale Realität.

Von dem „Soldaten der Revolution“ war bereits die Rede; Liebknecht bezeichnete sich auch einmal als „Soldat der Demokratie“.¹² Diese Betonung des Demokratischen war kein beiläufiger Akzent, sondern ein bewusster politischer Grundsatz – und zugleich ein stiller Widerspruch gegen die materialistische Dialektik Marx’scher Prägung. 1869 formulierte er programmatisch: „Weil wir die Untrennbarkeit der Demokratie und des Sozialismus begriffen haben, nennen wir uns Sozialdemokraten. [...] Der demokratische Staat ist die einzig mögliche Form der sozialistisch organisierten Gesellschaft.“¹³ Für Liebknecht war klar: Demokratie ohne soziale Gerechtigkeit bleibt leer, Sozialismus ohne demokratische Freiheit eine Verirrung. In diesen Sätzen, die den 90 Jahre später im Godesberger Programm der SPD festgeschriebenen Begriff des „Demokratischen Sozialismus“ vorwegnahmen, verdichtet sich Liebknechts urdemokratisches Politikverständnis – ein Denken, das Demokratie nicht relativierte, sondern radikalisierte, und das bis weit über seine Zeit hinauswirkte. Dieses Demokratieverständnis bedeutete auch, dass Liebknecht keine Trennlinie zwischen einer konsequent verwirklichten bürgerlichen Demokratie und einer sozialistischen Zukunftsordnung zog. Bürgerliche Freiheitsrechte galten ihm als unverzichtbare Voraussetzung jeder sozialistischen Entwicklung. Deshalb hielt er – selbst nach Gründung der Eisenacher Partei – so lange wie möglich an der Zusammenarbeit mit demokratischen Kräften des Bürgertums fest. Wilhelm Liebknechts Demokratieverständnis wurzelte in seinen Erfahrungen von 1848. Verkürzt heißt das für uns heute: Demokratie ohne Kompromiss mit anderen demokratischen Kräften nutzt nur den Gegnern der Demokratie.

Was bedeutet dieses Verständnis von Demokratie heute? Vieles von dem, was Liebknecht als Voraussetzung sozialer Emanzipation verteidigte – freie Wahlen, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, rechtliche Gleichheit –, erscheint uns selbstverständlich. Doch selbstverständlich sind diese Errungenschaften nicht. Sie sind jeden Tag gefährdet. Mit Blick auf die digitale Welt, in der wir leben, greife ich einen mit Lieb-

¹² Brief Wilhelm Liebknechts an Sophie Büchner, 21. April 1868.

¹³ Wilhelm Liebknecht, Vortrag „Über die politische Stellung der Sozialdemokratie“, 1869, zit. nach: *Wolfgang Schröder, Wilhelm Liebknecht. Kleine Politische Schriften*, Leipzig 1976, S. 14.

knecht verbundenen Satz auf, auf den ich später noch genauer eingehen werde: Wissen ist Macht und Macht ist Wissen. Wenn Wissen Macht ist, dann ist Wissen über Menschen Macht über Menschen. Deshalb ist die Demokratie in der digitalen Welt durch diejenigen gefährdet, die unsere Daten absaugen, bei sich kumulieren und möglicherweise auch gegen uns verwenden. Der Kampf um die Demokratie ist auch heute alltägliche Notwendigkeit. Er ist vielleicht notwendiger als je zuvor.

Der Blick auf die Revolution von 1848, auf Wilhelm Liebknecht und die frühe Sozialdemokratie zeigt, dass diese Rechte mühsam und mit enormen Opfern erkämpft wurde. Wir müssen immer wieder argumentieren und dafür eintreten, in dieser Form und auf diese Weise leben zu wollen. Heute ist diese Aufgabe wichtiger denn je. Unsere Demokratie ist mit immensen Herausforderungen konfrontiert. Demokratische Grundwerte geraten in Bedrängnis. Mühsam erkämpfte demokratische Normen, Institutionen und Verfahren werden von den Feinden der Demokratie in einem Ausmaß verächtlich gemacht, das vor einigen Jahren noch undenkbar war. Der Blick auf Wilhelm Liebknecht und die frühen Demokraten zeigt: Demokratie ist kein Besitz, den man einmal erwirbt, sondern eine Aufgabe, für die es immer wieder einzustehen gilt.

An Liebknechts Verständnis von Demokratie schloss sich konsequent sein Bildungsbegriff an. Wenn soziale Befreiung durch politische Überzeugung errungen werden sollte, brauchte die Arbeiterbewegung vor allem eins: Einsicht, Urteilskraft und Wissen. Darum lautete seine Dreiforderung: „Agitieren, organisieren, studieren!“¹⁴ Seine Politik zielte nicht auf theoretische Vollständigkeit, sondern auf praktische Orientierung – auf Klarheit dort, wo das Leben der Arbeitenden von Unsicherheit, Abhängigkeit und Ausbeutung geprägt war. In einem Brief an August Geib von 1872 brachte er dies präzise auf den Punkt: „Was dem Arbeiter klar sein muss, ist 1) dass die Arbeit die Quelle des Werts ist, 2) dass das Kapital die Arbeit ausbeutet, 3) dass die Lohnarbeit durch die Assoziation ersetzt werden muss und endlich 4) dass diese Ersetzung nur möglich ist

¹⁴ Wilhelm Liebknecht, 1887, zit. nach: Dowe, Agitieren, organisieren, studieren!, S. 22.

im sozialdemokratischen Staat, der folglich erkämpft werden muss. Auf diese Kardinalpunkte, um die sich alles dreht, ist in jeder Nr. des Volksstaats hingewiesen worden, und ich wette, sie sind jedem Leser klar.“¹⁵

Ich möchte hinzufügen: Dieser letzte Satz gehörte zu den Irrtümern von Wilhelm Liebknecht. Es war leider nicht jedem klar und ist bis heute nicht jedem klar. Liebknecht wollte den Entrechteten Vertrauen in ihre eigene Kraft und ein klares Ziel vermitteln: die Überwindung von Ausbeutung durch solidarische Organisation und demokratische Macht. 1874 formulierte er programmatisch: „Wir müssen die Welt geistig erobern und beherrschen, ehe unsere Prinzipien in Staat und Gesellschaft zur Herrschaft gelangen können.“¹⁶ So verstand Liebknecht die Sozialdemokratie als „im eminentesten Sinne des Wortes die Partei der Bildung“.¹⁷ Bildung war für ihn kein Mittel unter anderen, sondern der Schlüssel zur Freiheit.

Liebknecht prägte das Programm der Partei durch frühe Initiativen zur Schulung von Funktionären wie zur umfassenden Volksbildung und die Gründung der Berliner Parteischule der SPD von 1891. Wie notwendig dieser Anspruch war, zeigt ein Blick auf die Lage der Arbeiterschaft in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Der Bildungsstand der Arbeiter und Arbeiterinnen war äußerst gering, politische Betätigung verboten. Jenen, die von früh morgens bis spät abends um ihr Überleben und das ihrer Familie kämpfen mussten, fehlte nicht nur organisatorische Erfahrung, sondern überhaupt das Bewusstsein gemeinsamer Klasseninteressen. Der autoritäre und militaristische Geist des Obrigkeitsstaates könne nur existieren, so Liebknecht, indem er „das Volk zur Dummheit verdammt, ihm die Schätze der wahren Kultur schnöde vorenthält, den Tempel der Bildung ihm verschließt.“¹⁸ Diesen Tempel zu öffnen, das war Liebknechts Ziel. Ihm war klar: Wer mitentscheiden will, muss verstehen, wie

¹⁵ Wilhelm Liebknecht an August Geib, 1872, zit. nach: ebd., S. 17.

¹⁶ Wilhelm Liebknecht, 1874, zit. nach: ebd., S. 23.

¹⁷ Wilhelm Liebknecht, *Wissen ist Macht – Macht ist Wissen: Festrede gehalten zum Stiftungsfest des Dresdner Bildungs-Vereins am 5. Februar 1872*, hrsg. v. Kurt Eisner, Berlin 1904.

¹⁸ Wilhelm Liebknecht, *Festrede zum Stiftungsfest des Crimmitschauer Volksvereins am 22. Oktober 1871*, in: Schröder, Wilhelm Liebknecht, S. 120.

Macht funktioniert, muss beurteilen können, welche Interessen hinter politischen Entscheidungen stehen. „Wissen ist Macht – Macht ist Wissen“ lautete seine Zuspitzung, die er 1872 zum Titel einer seiner bekanntesten Schriften machte.¹⁹

Dieser Gedanke ist von ungebrochener Autorität – gerade in einer Zeit, in der autoritäre und rechtsextreme Kräfte mit Desinformation, Manipulation und bewusster Täuschung arbeiten, Fakten verächtlich machen, lügen, dass sich die Balken biegen. Liebknechts Antwort wäre eindeutig gewesen: Wo Bildung vernachlässigt wird, triumphieren Lüge und Unmündigkeit. Eine demokratische Gesellschaft lebt davon, dass ihre Bürgerinnen und Bürger verstehen, was um sie herum geschieht. Demokratie verlangt Urteilskraft, Wissen und die Fähigkeit, Zusammenhänge zu erkennen – zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen wirtschaftlicher Macht und politischer Entscheidung, zwischen Versprechen und Wirklichkeit. Bildung ist keine private Angelegenheit, sondern eine öffentliche Aufgabe. Wer Freiheit ernst nimmt, muss allen Zugang zu Wissen eröffnen – jedem jungen Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Besitz. Bildung macht aus Untertanen Bürgerinnen und Bürger – und bleibt, damals wie heute, die stärkste Waffe einer freien Gesellschaft.

Der Deutsch-Französische Krieg von 1870 und die folgende Reichsgründung wurden für Wilhelm Liebknecht zur Bewährungsprobe seiner internationalistischen Grundhaltung. Während nationale Begeisterung weite Teile des Reichstags erfasste, stellten sich Liebknecht und Bebel gegen die Kriegslogik – zunächst mit demonstrativer Zurückhaltung bei der Abstimmung über die Kriegskredite, dann mit offener Ablehnung weiterer Anleihen. In der Debatte über die zweite Kriegsanleihe erklärte Liebknecht, er halte es für ehrenvoller, „der Bruder des französischen Volkes und der französischen Arbeiter zu sein, als der ‚liebe Bruder‘ des Schurken auf Wilhelmshöhe.“²⁰

19 Wilhelm Liebknecht, *Wissen ist Macht – Macht ist Wissen: Festrede gehalten zum Stiftungsfest des Dresdner Bildungs-Vereins am 5. Februar 1872*, hrsg. v. Kurt Eisner, Berlin 1904.

20 Wilhelm Liebknecht, *Rede im Reichstag des Norddeutschen Bundes, 26. November 1870*, zit. nach: *August Bebel, Aus meinem Leben*, Hamburg 2013 [zuerst 1911], S. 163.

Für ihn war klar: Dieser Krieg diene weder den deutschen noch den französischen Arbeiterinnen und Arbeitern – er war Machtpolitik der Monarchen auf dem Rücken ihrer Völker. Über den Charakter des gegründeten Reiches und der Verfassung von 1871 bestand für ihn kein Zweifel. Bereits im Dezember 1870 hatte er das entstehende Staatsgebilde im Reichstag des Norddeutschen Bundes als eine „fürstliche Versicherungsanstalt gegen die Demokratie“ bezeichnet. Für die geplante Kaiserkrönung hatte er nur beißenden Spott übrig – sie gehöre „auf den Gendarmenmarkt“, denn dieses Kaisertum könne „in der Tat nur durch den Gendarmen aufrecht erhalten werden.“²¹

Liebknechts Haltung war eindeutig: Dem Nationalismus seiner Zeit setzte er den Internationalismus entgegen, dem Militarismus die Solidarität der Entrechteten. 1871 entgegnete er dem Vorwurf der Vaterlandslosigkeit mit provokanter Klarheit: Das Wort „Vaterland“ habe für ihn keinen Zauber; „Vaterland in eurem Sinne ist uns ein überwundener Standpunkt [...] unsere Heimat ist die Welt.“²² Die Solidarität mit der Pariser Kommune, die Ablehnung der Annexion von Elsaß-Lothringen und der offene Widerstand gegen den Krieg führten 1872 zum Leipziger Hochverratsprozess. Liebknecht und Bebel wurden zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt und saßen ihre Haft ab. Liebknecht wurde 1874 erneut als Abgeordneter der SDAP in den Reichstag gewählt und setzte nach der Haft seine politische Tätigkeit fort.

Was aber bedeutet ein solcher Internationalismus heute? Meine Damen und Herren, wir leben in einer Zeit der Zertrümmerung des Völkerrechts. Wir erleben den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, ein Versuch, mit neoimperialer Gewalt Einflussphären neu zu ziehen. Zugleich kehrt weltweit die Logik der Großmachtpolitik zurück: Nationale Interessen werden über internationale Verantwortung gestellt, das Recht des Stärkeren droht wieder über die Stärke des Rechts zu triumphieren. Liebknechts Haltung zwingt uns, genau hinzusehen. Sein Internationalismus

21 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes. I. Legislaturperiode (II. Außerordentliche Session 1870), Berlin 1870, S. 324f.

22 Wilhelm Liebknecht, Zu Trutz und Schutz, Leipzig 1871, S. 85.

war kein naiver Pazifismus. Vielmehr bleibt die Stärkung multilateraler Strukturen entscheidend. Diplomatie, Dialog und Verhandlungen sind unerlässlich – auch im Schatten der Waffen. Eine dauerhafte Friedensordnung kann nur entstehen, wenn Sicherheit nicht gegeneinander, sondern miteinander organisiert wird. Dafür sind die Vereinten Nationen einst gegründet worden.



*Martin Schulz,
Gießen, 29.3.2026.*

Foto: Ralf Hofacker

Das gilt nicht nur für Europa. Auch die aktuelle Eskalation rund um Iran zeigt, wie schnell ein regionaler Krieg in einen größeren Konflikt umschlagen kann. Deshalb müssen Deutschland und die Staaten der Europäischen Union jetzt alles daransetzen, eine weitere Eskalation zu verhindern und den Schutz der Zivilbevölkerung sicherzustellen. Dauerhafte Sicherheit entsteht nicht durch militärische Logik, sondern durch Diplomatie und belastbare internationale Vereinbarungen. Unser Ziel bleibt, dass Iran keine Atombombe besitzt und dass ein Flächenbrand in der Region verhindert wird. Aber umso wichtiger ist eine klare Strategie Europas. Europa muss geschlossen handeln und mit einer Stimme sprechen. Die Zukunft eines Landes, zum Beispiel des Iran, muss vom iranischen Volk selbst gestaltet werden. Gerade jetzt, da der Krieg nach Europa und in der Welt zurückgekehrt ist, wird deutlich: Die europäische Einigung ist kein historisches Projekt, das wir verwalten – sie ist eine politische Aufgabe, die wir verteidigen und weiterentwickeln müssen. Ein starkes, geeintes Europa ist die moderne Form internationaler Solidarität. In diesem Sinne wäre auch Liebknechts Internationalismus heute ein Ruf zur Verantwortung: für das Recht und für den Frieden, der auf Kooperation gründet und nicht auf Furcht und dem Recht des Stärkeren.

Meine Damen und Herren, Wilhelm Liebknecht hat sein Leben dem Einsatz für jene gewidmet, die in seiner Zeit keine Stimme hatten. Für ihn war Demokratie das Versprechen, dass Freiheit und Würde allen Menschen zustehen. Darum blieb sein Kampf immer dreifach gerichtet: gegen die Entrechtung der Vielen, für eine demokratische Ordnung der Freien und Gleichen – und für Bildung als Voraussetzung politischer Mündigkeit. Darin liegt seine bleibende Aktualität. Demokratie lebt nicht von selbst. Sie lebt davon, dass Menschen verstehen, was auf dem Spiel steht – und bereit sind, für Freiheit, Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe einzutreten. Wer heute an Wilhelm Liebknecht erinnert, erinnert deshalb nicht nur an einen großen Sozialdemokraten des 19. Jahrhunderts, sondern auch an eine Verpflichtung: die Demokratie zu verteidigen, soziale Ungerechtigkeit nicht hinzunehmen und den Zugang zu Bildung zu sichern. Wir werden niemals die Gesellschaft der Gleichen erzwingen können, wie die Sozialarchitekten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts es versucht haben. Aber wir werden die Idee, eine Gesell-

schaft der gleichberechtigten Menschen zu schaffen, weiterverfolgen – eine Gesellschaft, in der die Grundlage eines jeden Friedens, nach innen wie nach außen, im Respekt vor dem Individuum liegt. So, wie es unsere moderne Verfassung festschreibt, muss die Würde des Menschen unantastbar sein und an erster Stelle stehen. Der Respekt vor dem Individuum und die Toleranz gegenüber dem Anderen – gegenüber der anderen Meinung, der anderen Kultur, der anderen Sprache, der anderen Geschichte, der anderen Religion – sind die Grundvoraussetzungen für die Würde einer Gesellschaft. Gerade heute kommt es auf diese Haltung an, in einer Zeit, in welcher in der mächtigsten Regierungszentrale der Welt Respektlosigkeit, Intoleranz und Würdelosigkeit residieren. Wilhelm Liebknecht ist auch 200 Jahre nach seiner Geburt so aktuell wie selten zuvor.

Über den Autor



Rechte: FES/Reiner Zensen

Martin Schulz ist Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. und war Abgeordneter im 19. Deutschen Bundestag. Er war Bundesvorsitzender der SPD, Kanzlerkandidat und langjähriges Mitglied im Europäischen Parlament, dem er als Präsident in zwei Amtszeiten von 2012 bis 2017 vorstand. Martin Schulz ist Träger des Karlspreises für seine bedeutenden Verdienste um die Stärkung des Parlaments und der demokratischen Legitimation in der EU.

Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie

Bastian Matteo Scianna: Madame Europe: Katharina Focke, die SPD und die europäische Einigung (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 26), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2026 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/1981333>

Anja Kruke/Ewald Grothe (Hrsg.): Herausforderungen digitaler Überlieferungsbildung und Faktizität (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 25), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2026 | <https://collections.fes.de/publikationen/content/titleinfo/1968938>

Meik Woyke (Hrsg.): Georg Flatow (1889–1944). Sozialdemokratischer Jurist und Vordenker der betrieblichen Mitbestimmung (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 24), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2026 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/1962896>

Rainer Hering/Meik Woyke (Hrsg.): Perspektiven auf Helmut Schmidt (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 23), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2024 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/1572409>

Marc Buggeln: Ohne Steuern keine Demokratie? Vergangenheit und Zukunft eines engen Verhältnisses (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 22), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/450030>

Peter Beule (Hrsg.): Krisenwahrnehmung und Krisenhandeln im 20. Jahrhundert (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 21), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/450293>

Stefan Müller (Hrsg.): Konservativer und gewerkschaftlicher Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Neue Forschungen zu Carl F. Goerdeler und Wilhelm Leuschner (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 20), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/451244>

Michael Schwartz: Wenzel Jaksch (1896–1966). Biografische Schlaglichter auf einen Sozialdemokraten aus Mitteleuropa (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 19), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/450945>

Jacob Hirsch (Hrsg.): Jüdische Menschen in der Arbeiterbewegung. Porträts – Debatten – Motive (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 18), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/451082>

Annabel Walz/Andreas Marquet (Hrsg.): Sicher sichern? Social Media-Archivierung aus rechtlicher Perspektive im Archiv der sozialen Demokratie (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 17), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2022 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/461199>

Peter Beule/Stefan Müller (Hrsg.): Kohäsionskräfte in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 16), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2022 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/461271>

Peter Beule (Hrsg.): Demokratie erlebbar machen – aber wie? Die Frankfurter Paulskirche und das „Haus der Demokratie“ als Herausforderung und Chance (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 14), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2022 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/460585>

Udo Achten (Hrsg.): Wer kämpft, kann verlieren – Trotzdem! Geschäftsbericht des Deutschen Werkmeister-Verbands 1931 (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 13), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2020 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/452275>

Weitere Publikationen

Peter Beule (Hrsg.): Gutes Klima – gute Gesellschaft! Die ökologische Frage in der Sozialen Demokratie (geschichte.macht.zukunft), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2020 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/453176>

Peter Beule (Hrsg.): Smart work!? Mitbestimmung im digitalen Zeitalter (geschichte.macht.zukunft), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2020 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/452584>

Peter Beule (Hrsg.): Friedrich Eberts Wahl zum Reichspräsidenten - Mut zur Demokratie! (Gesprächskreis Geschichte, Heft 108), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2020 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/453924>

Anja Kruke/Ann Kathrine Maier (Hrsg.): Das Archiv der sozialen Demokratie in 50 Objekten, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2022.

Michael Schneider: Der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2021 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/452404>

Nora Thorade: Vernetzte Produktion. Computer Integrated Manufacturing (CIM) als Vorgeschichte von Industrie 4.0, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2020 | <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/453093>

Gedruckte Exemplare können Sie, soweit vorrätig, kostenlos bei uns bestellen:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Archiv der sozialen Demokratie
Godesberger Allee 149
52175 Bonn

Tel.: +49 228 883 8026
E-Mail: public.history@fes.de

200 Jahre Wilhelm Liebknecht

Wilhelm Liebknecht, dessen Geburtstag sich am 29. März 2026 zum 200. Mal jährt, gehört zu den prägenden Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie. Martin Schulz würdigt Liebknechts lebenslangen Einsatz für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und politische Teilhabe sowie seine Rolle beim Aufbau einer starken, international orientierten Arbeiterbewegung. Er zeigt die Aktualität seiner Ideen angesichts heutiger Herausforderungen wie sozialer Ungleichheit, demokratischer Gefährdungen und globaler Konflikte.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

➔ fes.de/themenportal-geschichte-kultur-medien-netz/geschichte